



18.10.2006

Miese Laune bei Verdi Als Sparprogramm kürzt die Gewerkschaftsführung bei der Altersvorsorge

ULRICH NETTELSTROTH

BERLIN Wenn Betriebe ihren Beschäftigten das Einkommen kürzen, müssen sie mit Protest der Gewerkschaften rechnen. Anders ist es, wenn die Gewerkschaft selbst ihrer Belegschaft an den Besitzstand will, wie jetzt die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Deren Bundesvorstand um Frank Bsirske überrumpelte seine Beschäftigten mit Kürzungsplänen für die Altersversorgung. Seither ist die Stimmung schlecht.

"Es ist nicht optimal kommuniziert worden", gibt die Bezirkschefin von Berlin und Brandenburg, Susanne Stumpfenhusen, zu. Es sei aber schon lange bekannt, dass die betriebliche Altersversorgung für die Gewerkschaft als Arbeitgeber zu teuer werde. "Ein entsprechendes Gutachten lag auch dem Gesamtbetriebsrat vor", so Stumpfenhusen.

Die noch immer unterschiedlichen Betriebsrenten der fünf Gewerkschaften, aus denen Verdi 2001 hervorging, sollen vereinheitlicht werden - auf einem niedrigeren Niveau. Die Vertretung der Beschäftigten hat sich selbst einen Maulkorb verpasst. "Wir sprechen nicht mit der Presse", wiegelt Betriebsratschef Andreas Bahn ab. Martin Lesch vom Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) ist gesprächiger. "Bei Verdi ist vielen jetzt der Kragen geplatzt", sagt Lesch, selbst Verdi-Beschäftigter in Leipzig. Schon seit 2002 habe es bei der Gewerkschaft keine Lohnerhöhungen gegeben, 2004 sogar eine 2,5-prozentige Kürzung von Arbeitszeit und Gehalt.

"Wir verweigern uns nicht nachprüfbar wirtschaftlichen Zwängen", so Lesch. Und es müsse auch über das Missmanagement des Vorstands gesprochen werden. Der VGB hat Verdi zu Tarifverhandlungen eingeladen, ohne Reaktion. Kein Wunder, der Verband mit nur 500 Mitgliedern scheiterte im September vor dem Bundesarbeitsgericht mit dem Versuch, als Gewerkschaft innerhalb der Gewerkschaft anerkannt zu werden.

Statt in Tarifverträgen werden die Arbeitsbedingungen der Gewerkschafter in Betriebsvereinbarungen zwischen Vorstand und Betriebsrat festgelegt. Letzterem aber fehlt jedes Druckmittel, weil er nicht zu Streiks aufrufen kann. "Kollektive Bettelei" nennt Lesch diese Art von Verhandlung. Und tatsächlich gab es für Gewerkschafter zuletzt meist magere Lohnzuwächse. So erhält die Belegschaft des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) seit 1. Oktober gerade 0,75 Prozent mehr Lohn. Dazu kommt eine Einmalzahlung von sieben Prozent des Septembergehalts. Der Gesamtbetriebsrat hatte 2,5 Prozent mehr gefordert, der Vorstand wollte eine Nullrunde. "Wir sind zufrieden, das Nulldiktat durchbrochen zu haben", so Gesamtbetriebsratschef Karl-Heinz Weber.

Und nicht jeden, der Tarifrunden anderswo argwöhnisch beäugt, stört der magere Abschluss im eigenen Haus. Dieter Pienkny, Sprecher des DGB Berlin-Brandenburg, sagt: "Ich bin nicht zur Gewerkschaft gekommen, um reich zu werden, sondern um politisch zu wirken."

Mitgliederschwund

Seit Beginn der 90er Jahre sinkt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder stetig, von 1993 noch elf Millionen auf derzeit knapp sieben Millionen. Entsprechend sanken die Einnahmen der Gewerkschaften und machten einen Sparkurs notwendig, der auch zum Personalabbau zwang. Von 1993 noch rund 15 000 hauptamtlichen Gewerkschaftsbeschäftigten blieben 11 000, Tendenz weiter sinkend. Verdi begründet die Kürzung der Altersversorgung daher mit langfristiger Vorsorge, andernfalls müsste 2025 jeder dritte Euro im Personalbereich für Altersvorsorge ausgegeben werden, sagt Harald Reutter, Sprecher des Bundesvorstands. net